

(Abgeordneter Gleißberg.)

(A) Regierung sind die Deutsche Bank und die Allgemeine Deutsche Creditanstalt beauftragt worden, eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung zu gründen und der nun das Ladegeschäft zu übertragen. Unter Ladegeschäft ist zu verstehen das Beladen und Entladen der Wagen an den Bahnhöfen; das Rollgeschäft geht natürlich ruhig seinen Gang weiter, es bringt die Güter bis zum Wagen und führt sie ab, aber das Ein- und Ausladen besorgt das Ladegeschäft. Während nun dem früheren Inhaber dieses Geschäftes die Erhöhung der Gebühren versagt wurde, hat die neugegründete Gesellschaft die Gebühren, wie mir gesagt wurde, sehr wesentlich, fast um das Doppelte erhöht.

(Hört, hört!)

Hierbei ist aber noch ein weiteres Bedenken. Die Banken, namentlich auch die Deutsche Bank, die immerhin als eine nicht-sächsische Bank anzusehen ist, erhalten hier einen vollständigen Einblick in alle Verfrachtungen. Es ist das immer eine bedenkliche Sache, daß einem solchen Unternehmer die Kenntnis zugeht von allen denjenigen Waren, die versandt werden und die ankommen; er erhält dadurch auch Kenntnis von den Versendern und von den Empfängern; das hat immer seine Bedenken. Die Sache ist ja nun einmal eingerichtet worden, aber ich wiederhole, es hat das in Dresden eine sehr lebhaftere Erregung hervorgerufen.

Meine Herren! Dann geht aus dem Bericht hervor, daß Sachsen eigentlich als Lokomotiv- und Wagenverleiher anzusehen ist. Das wäre eigentlich ein Beweis dafür, was ja früher auch schon in der Finanzdeputation öfters behauptet wurde bei den Titeln, wo es sich um die Beschaffung von Lokomotiven und Wagen handelte, daß Sachsen in dieser Beziehung eigentlich den übrigen Bundesstaaten voraus sei, denn wenn Sachsen in der Lage ist, sogar Lokomotiven und Wagen zu verleihen, so ist das ein Beweis dafür, daß es mehr hat als die übrigen Bundesstaaten. Ob das begründet ist, vermag ich nicht zu beurteilen, ich halte mich in dieser Beziehung selbstverständlich nur an den Bericht.

Dann handelt auch der Bericht sehr wesentlich von den Kraftwagenlinien. An der Wiedereinrichtung dieser Linien haben wir alle das größte Interesse, vor allen Dingen in der Provinz, auf dem platten Lande und in den Gebirgsgegenden, überall, wo Eisenbahnlinien nicht bestehen. Welcher Erfolg mit den Kraftwagenlinien erzielt worden ist, darüber sind wir unterrichtet, und es besteht der lebhafteste Wunsch, dort, wo Kraftwagenlinien in Betrieb gewesen sind, baldmöglichst den Verkehr wieder einzurichten und auch die Linien, die man in Aussicht

genommen hat, sobald es irgend angeht, in Betrieb zu nehmen. Ich möchte an die Regierung hier eine Frage richten. Wenn wir an die Regierung herantreten wegen der Wiedereinrichtung einer Kraftwagenlinie, so erfolgt der Einwand, daß sei jetzt nicht möglich, weil es an der Bereifung, an Gummi fehle. Nun möchte ich fragen: Was ist eigentlich mit den ungeheuren Mengen von erbeutetem Gummi geworden, von denen man in der Zeitung gelesen hat, was ist mit den großen Mengen von Gummi geworden, der von den Fahrrädern abgenommen worden ist? Man hat gehört, daß der gebrauchte Gummi, der namentlich oben an der Küste in Riesmengen aufgespeichert ist, umgewandelt werden soll in brauchbaren. Meine Herren! Man hat davon gehört, aber wir wissen alle nichts Bestimmtes darüber. Deshalb möchte ich an die Regierung die Frage richten, ob es nicht möglich ist, diesen gebrauchten Gummi wieder zu verwenden. Kann von dem erbeuteten Gummi nicht soviel geliefert werden, daß wenigstens einige von den Kraftwagenlinien wieder in Betrieb gesetzt werden können?

Dann liegen auch verschiedene Bittschriften vor, unter anderen die, welche unter Punkt 6 bezeichnet ist als Bittschrift des sächsischen Eisenbahner-Verbandes um Erhöhung des Gehaltes der Rottenführer, Bahnwärter usw. Meine Freunde halten es für angebracht, daß die Regierung diesen Wünschen zustimmt. Ich möchte also hier ein Wort dafür einlegen und die Regierung bitten, diese Bittschrift in wohlwollende Erwägung zu ziehen. Gerade die Besoldungsangelegenheiten der Beamten und Arbeiter nehmen ja im Berichte ziemlich viel Raum ein. Nach dem Berichte soll die vorliegende Petition der königlichen Staatsregierung als Material für eine künftige Besoldungsordnung überwiesen werden. Ich richte an die königliche Staatsregierung die Bitte, daß, sobald es irgendwie die Verhältnisse gestatten, diese künftige Besoldungsordnung in Angriff genommen wird. In Bayern will man schon im künftigen Landtage dieser Angelegenheit näbertreten. Die Vorarbeiten sind dort schon im Gange, und man rechnet bestimmt damit, daß schon in diesem Herbst diese Angelegenheit im bayerischen Landtage zur Erledigung kommt. Ich möchte darum bitten, daß auch unsere königliche Staatsregierung dieser Angelegenheit sobald als möglich näbertritt und daß eine Vorlage darüber erfolgt.

Aus dem Bericht ist noch zu erwähnen in bezug auf die sächlichen Ausgaben, daß wir für Kohlen allein  $7\frac{3}{4}$  Millionen Mark gebraucht haben. Für Fahrzeuge werden zirka ziemlich 7 Millionen Mark eingestellt. Man kann daraus ersehen, daß gerade diese Materialfrage,